

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung
universität bochum und klinikum essen

Demaskierung der Charaktermasken

„Das ist wie eine Seuche. Wie die asiatische Grippe geht sie um die Welt“, meinte Kiesinger im Hinblick auf engagierte Studenten und Hochschullehrer vor seinen Freunden vom Bundesverband der Deutschen Industrie in Köln. Aber er sei Optimist: „Denn bei uns kann es nicht passieren, was in Frankreich geschehen ist, daß eine Horde heulender Derwische andere Schichten mit sich reißt und ein Land erschüttert.“

Sein Rezept verriet er unlängst den CDU-Frauen: „Man muß endlich diesen Leuten mit salbungsvollen Sprüchen aufhören.“ (Schon der Adenauer-Preisträger Emil Franzel hatte gefordert, Ungeziefer soll man mit den geeigneten technischen und chemischen Mitteln vertilgen, nicht mit gutem Zureden.) Man müsse die noch „gesunden“ Studenten dem Einfluß der „kranken“ entziehen. Professoren, die die Studenten ideologisch unterstützen, seien „utopische Geister“, die „schon namenloses Leid über die Menschheit gebracht“ hätten rief der ehemalige NS-Propagandist und bewies, daß er seinen Jargon noch beherrscht.

Fortsetzung Seite 2

Lehrlinge sollen blechen

Mehr als 200 Lehrlinge demonstrierten am Freitag letzter Woche gegen die drohende Preiserhöhung der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG. Ab 1. Februar sollen für die jungen Arbeiter die Sozialvergünstigungen der BoGeStra fortfallen. Während am Freitag drei



Nachwahlen zum Parlament

Für die Nachwahlen zum Studentenparlament, die in den Abteilungen II, III, V, VIII und XII notwendig geworden sind, haben sich folgende Kandidaten beworben:
Abt. II:
Norbert Kleine-Möllhoff (RCDS)
Helmut Mühlberg (unabh.)

Abt. V:
Walter Grossmann (SHB)
Eduard Strych (RCDS)
Abt. VIII:
Christian Holtgreve (HSU)
Michael Ruppert (FHV)
Aus den Abteilungen III und XII liegen keine Bewerbungen vor.

Historiker auf neuen Wegen

Aber: Wie reformerisch ist die Satzungsreform wirklich?

Seit November vergangenen Jahres beschäftigt sich eine von der Abteilung IV eingesetzte drittelparitätische Kommission mit der Erarbeitung einer Reformsatzung für die Historiker. Der Kommission gehören je 3 Professoren, Assistenten und Studenten an.

Ihr Entwurf, der in der nächsten Woche einer Abteilungsvollversammlung zur Diskussion und zur Verabschiedung vorgelegt wird, sieht Beratungs- und Entscheidungsgremien auf drei Ebenen vor:

1. Die Fachbereichsvollversammlung „berät über Grund- und Strukturfragen des Fachbereichs und verabschiedet Empfehlungen und Resolutionen“. Sie besteht aus allen Mitgliedern der Abteilung.
2. Die Fachbereichsversammlung ist zuständig für die Genehmigung von Benutzungs- und Studienordnungen, von Prüfungsordnungen und Haushaltsplänen. Ihr gehören alle Hochschullehrer der Abteilung an; außerdem jeweils die gleiche Anzahl wissenschaft-

licher Mitarbeiter und Studierenden, sowie drei nichtwissenschaftliche Mitarbeiter.

3. Der Fachbereichsrat ist zuständig für Strukturplanung, Beschlussfassung über Ausschussvorlagen, Koordinierung der Forschungsprogramme, Entscheidung über personelle Ausstattung usw. Der Fachbereichsrat ist nach dem Verhältnis 4:3:3 zusammengesetzt; er übernimmt im wesentlichen exekutive Funktionen. Dem Fachbereichsrat sind zwei ständige Kommissionen für Studien- und Haushaltsfragen zur Seite gestellt.

Mit diesen Vorschlägen, von denen allerdings keineswegs sicher ist, daß sie eine Fakultät passieren, die bereits zweimal die Öffentlichkeit ihrer Sitzungen abgelehnt hat, sind die studentischen Forderungen nach Drittelparität und Öffentlichkeit formal annähernd erfüllt. Allerdings hat sich die Reformkommission offensichtlich keine Gedanken darüber gemacht, was Drittelparität im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzung an den Hochschulen bedeutet: Nämlich eine Konzentration der Kräfte des Mittelbaus und der Studenten mit dem Ziel, ständespezifische Interessen gegenüber den Professoren durchzusetzen.

Drittelparität wird für eine Übergangsphase vor allem deshalb gefordert, weil bisher verschleierte Konflikte endlich auch in die Entscheidungsgremien der Universität hineingetragen werden sollen. Diese Funktion der Drittelparität — und

eine andere sinnvolle hat sie unseres Erachtens nicht —, wurde allerdings in dem Reformvorschlag durch die Wahlmodi zu den einzelnen Gremien wieder abgebaut.

Die Pläne einiger Vertreter in der Kommission (vor allem von Professor Mommsen) sehen vor, das imperative Mandat abzuschaffen, für die Wahl der Mitglieder der Fachbereichsversammlung qualifizierte Beteiligung zu verlangen (z. B. 50% aller Studenten für die Wahl der studentischen Vertreter), und den Fachbereichsrat indirekt durch die Fachbereichsversammlung wählen zu lassen. Damit scheint die Gewähr gegeben, daß Konflikte wiederum erfolgreich aus den Beschlüßgremien verbannt werden.

Die Bedenken einiger Professoren gegen den Entwurf scheinen sich aber auf ganz andere Bestimmungen zu konzentrieren. Es ist nämlich vorgesehen, die bisherigen Institute weitgehend abzulösen durch eine zentrale Verwaltung. Es ist gleichzeitig im Vorgriff auf zukünftige Regelungen Sorge dafür getragen worden, daß die Abteilungsvollversammlung global zugewiesene Haushaltsmittel an die jetzt sog. „Sektionen“ der Abteilung verteilt. Wer die Diskussionen in der Kommission verfolgt hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei diesem Thema nicht wenige Professoren ihre Contenance verlieren und ihrer sonst so oft gepriesenen Sachrationalität verlustig gehen.

Fortsetzung auf Seite 4!

Die Verbandspolitik ist tot

Rücktritt der vds-Funktionäre ermöglicht Umstrukturierung vom Repräsentativsystem zum imperativen Mandat

Die drei stellvertretenden VDS-Vorsitzenden Gerhardt, Pätzold und Kegler erklärten am 15. 1. geschlossen ihren Rücktritt, während der erste Vorsitzende Ehmann im Amt blieb. Gerichte, der Rücktritt sei wegen persönlicher Querelen im VDS-Vorstand erfolgt, wiesen Ehmann und die drei Zurückgetretenen in einer Presseerklärung entschieden zurück. (Diese Gerichte waren im Zusammenhang mit dem von der SPD veranstalteten Jugendkongreß aufgetaucht: Ehmann habe die Teilnahme daran befürwortet, seine Stellvertreter sie aber abgelehnt.)

Der Rücktritt sei vielmehr als Konsequenz einer Analyse der politischen Situation und als Selbstkritik des VDS zu verstehen. Die zunehmende Faszisierung der politischen Institutionen in der Bundesrepublik, nicht zuletzt auch der SPD, habe die „traditionellen Formen der Verbandspolitik“ für den VDS unmöglich gemacht: „Die bisherige Studentenpolitik ist tot.“

Anstelle einer „Politik mit dem Anspruch der Demokratisierung der Gesellschaft“ müßten „neue Formen der direkten Konfrontation mit den etablierten Kräften“ gefunden werden. Dies bedinge eine Umstrukturierung des VDS:

„Eine solche Politik zu praktizieren, ermöglicht uns nicht die derzeitige Struktur des Verbandes, die ausgerichtet ist nach einem Reprä-



Der vds-Vorstand: Pätzold, Kegler, Gerhardt, Ehmann (von links nach rechts).

sentativsystem, das die aktiven Basisgruppen zu repräsentieren nicht ermöglicht. Ständige Kontrolle und Willensbildung durch die Basis muß an die Stelle reinen Funktionärstums treten, das die bisherige VDS-Politik trotz ihres neuen Selbstverständnisses ausmachte.

Der VDS muß seine politische Legitimation und die Bestimmung seines politischen Selbstverständnisses

durch die Studenten erhalten, die den Kampf an der Basis führen.“ Ehmann betonte zum Rücktritt seiner Stellvertreter, er sei nur aus technischen und juristischen Gründen im Amt geblieben und wolle auf der nächsten Mitgliederversammlung des VDS in Köln nicht wieder kandidieren. Dort soll dann auch die Diskussion über eine Umstrukturierung des VDS im oben genannten Sinne in Gang kommen.

Olympia

Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS-Bochum-Südring 19

In dieser Nummer:

Trouble an anderen Unis

Seite 2

AStA zur Hochschulordnung

Seite 2

Maulkorb für Rädelsführer!

Seite 2

Elfenbeinturm und Macht

Seite 3

Einmann-Hüsch



Seite 4

Wo alles gratuliert, will die BSZ-Redaktion nicht absteigen stehen: Biedenkopf hatte Geburtstag, am Dienstag, seinen 39sten.

Da ist Gelegenheit, seiner Taten zu gedenken: seines nimmermüden Einsatzes für die studentische Mitbestimmung, seiner unzähligen Beweise demokratischer Gesinnung, seiner unvergesslichen Auftritte in Vollversammlungen und Parlamentssitzungen, seiner tatkräftigen Bemühungen, mit Hilfe von 300 Polizisten Ruhe und Ordnung in der Abteilung VIII wiederherzustellen.

Nicht ungerühmt bleibe auch seine Experimentierfreudigkeit, die sich zum Beispiel in seinen Versuchen ausdrückt, linke Studenten zur bezahlten Arbeit in seinem Planungsstab anzuwerben. Oder in seinem Reformplan, künftig ein allmächtiges Rektorat an der Spitze der Universität einzurichten.

Allerdings dürfen in diesen Augenblicken der Freude jene finsternen Stunden nicht vergessen werden, in denen Magnifizenz hart bleiben mußte: am vergangenen Montag von den Fachschaftsvertretern darauf angesprochen, ob er nicht die Öffentlichkeit der Senatsitzungen zulassen wolle, blieb er eisern.

Das also nicht, Freunde, auch nicht zum Geburtstag!



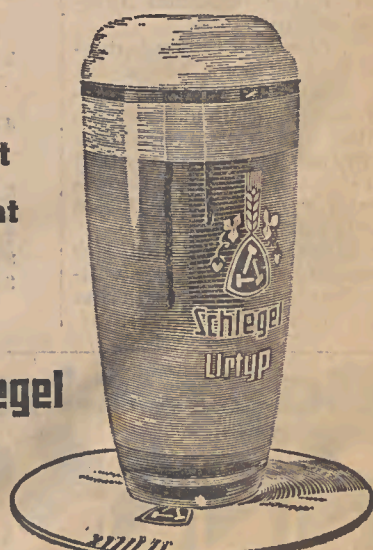
Bochumer Filmpreisträger

Stolz präsentiert Heinrich Pacht seinen „Kritiker-Preis“, den er beim Bochumer Filmfestival des Studienkreises Film einheimste. Hauptgewinner wurde Jungfilmer

Schrade mit seinen Streifen „Ein Abend bei Frau Gesundheitsminister“ und „Für Ana“. Weiter auf Seite 3!



Durst löscht man mit Schlegel



Heute abend, 20 Uhr,
Hörsaal A 2
SHB - PODIUM
zur
Hochschulgesetzgebung.

WESTFALENBANK

IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle
Ruhr-Universität
Lennershofstr. 70
Tel.: 511315

Zweigstelle
Bochum-Querenburg
Overbergstr. 7
Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen.

WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum
Huestraße 21-25

Maulkorb für Rädelsführer!

Kiesinger setzt zum Großangriff an: Bei einem Treffen mit den Landesparlamenten am Dienstag forderte er die Länder ultimativ zur Verabschiedung neuer Hochschulgesetze auf. Andernfalls müßten sie mit öffentlichen Angriffen durch die Bundesregierung rechnen.

Besondere Betonung legte Kiesinger darauf, daß die Staatsautorität durch harte Maßnahmen gegenüber Demonstranten durchgesetzt werden müsse. Dazu zählen auch die bereits von Benda angekündigten Maßnahmen des Stipendienentzuges für Studenten und des Subventionsentzuges für politische Hochschulgruppen.

Neu ist das Vorhaben, das Grundrecht der Redefreiheit für „Rädelsführer“ und „Aufwiegler“ einzuschränken.

Damit ist die Katze endlich aus dem Sack gelassen: diktatorische Maßnahmen, wie sie die Notstandsgesetze schon versprochen, sollen jetzt offen realisiert werden. Die Brutalität der Polizei genügt der Regierung noch nicht. Offenbar braucht man Studenten im Krankenhaus und in Vorbeugehaft, um deutschen Hausmütterchen den Slogan von der Sicherheit noch glaubhaft beibringen zu können.

Eines ist doch sicher: Hochschul-„Reformen“ auf der Basis der Wissenschaftsratsempfehlungen, wie sie Kiesinger fordert, werden keine Ruhe schaffen.

Längst hat nämlich auch das Uni-Establishment diese Reformpläne in Frage gestellt. Da helfen nur noch Knebelgesetze nach griechischem Zuschnitt.

Nicht nur für Männer!

Für alle
Kenner
**FIEGE
PILS**

Von anderen Hochschulen

BERLIN

Wegen „Störung des Universitätsbetriebes“ wurden Hausordnungsverfahren gegen 14 Studenten eingeleitet. Daraufhin beschloß der Senat eine Urabstimmung über die Hausordnung. Rund 44 Prozent beteiligten sich. Bei 2563 Gegenstimmen sprachen sich 3838 Studenten für einen Konventsbeschuß aus, der sich gegen die restriktive Hausordnung richtete. Gleichzeitig beauftragten sie den ASTA, die studentischen Anstrengungen um eine Veränderung der Universität durchzusetzen.

Am Otto-Suhr-Institut wurden die studentischen Vertreter im drittelparitätisch besetzten Institutsrat neu gewählt. Durch den Rücktritt der acht Vertreter der linken „Ad hoc“-Gruppe im Dezember waren die Wahlen notwendig geworden, aus denen die „Ad hoc“-Gruppe als überragende Siegerin hervorging. Sie stellt zehn der elf Vertreter im Institutsrat. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 57 Prozent. Die vor der Wahl favorisierte „Aktion demokratisches OSI“ erlangte nur einen Sitz.

Am 15. 1. ließ der Dekan der Juristischen Fakultät den Lehrbetrieb einstellen. Die Fakultät blieb eine Woche geschlossen. Am Donnerstag wurde der Lehrbetrieb wieder aufgenommen, aber nach weiteren Störungen schon am nächsten Tag bis zum Ende des Wintersemesters wieder eingestellt. Eine Vollversammlung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften beschloß am Freitag, den Streik fortzusetzen, während die Juristen sich gegen einen Streik aussprachen. Die Studenten an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät beschlossen mit dem denkbaren knappen Ergebnis von 506:505 den Streikbeschuß wieder aufzuheben.

Am Dienstag kündigte der Berliner Innensenator Neubauer an, die Polizei auf dem Gelände der Freien Universität zu verstärken. In einer Pressekonferenz erklärte er, daß er nicht die Absicht habe, über die Art und Weise des Polizeieinsatzes lange Diskussionen zu führen.

Am gleichen Tag wurden sechs Studenten der Philosophischen Fakultät an der FU für zwei Semester, ein weiterer Philosophiestudent für ein Semester vom Studium ausgeschlossen. Es wurde ihnen vorgeworfen, in den letzten Monaten mehrfach Vorlesungen ge-

stört und Seminarleiter ausgesperrt zu haben.

Zu einer Aussprache trafen sich Bürgermeister Schütz und zwei Senatoren mit Rektor Harndt und den Dekanen der FU. Man war sich einig, der „Situation an der FU gemeinsam zu begegnen“.

DARMSTADT

Der Große Senat der Technischen Hochschule beschloß im Zuge einer Satzungsänderung, die Zahl der stimmberechtigten studentischen Vertreter im Kleinen Senat von bisher zwei auf acht zu erhöhen. Sieben davon sollen, entsprechend der Anzahl der vertretenen Dekane, Vertreter der Fakultäten sein, den achten stellt der ASTA. Beschlüsse, die gegen die Stimmen der Studenten gefaßt wurden, müssen auf deren Antrag auf der nächsten Sitzung erneut behandelt werden. Die Sitzungen des Kleinen Senats, der alle Fragen der Hochschule außer der Wirtschafts- und Personalverwaltung behandelt, sollen grundsätzlich öffentlich sein. Der Große Senat ging mit der beschlossenen Satzungsänderung teilweise sogar über die Forderungen der Studenten hinaus.

FRANKFURT

In der Philosophischen Fakultät haben die Soziologiestudenten beschlossen, Streik und Besetzung des soziologischen Seminars fortzusetzen. Um einer Polizeiaktion, wie sie vor der Weihnachtspause abrollte, vorzubeugen, wollen sie die „offizielle bürokratische Arbeit im Seminar“ weiterlaufen lassen.

FREIBURG

Aus Protest gegen den brutalen Polizeieinsatz in Heidelberg unternahm der Freiburger SDS ein go-in in die Amtsräume des Rektors. Dieser stellte Strafanträge gegen die Beteiligten, erbot sich aber, diese zurückzuziehen, wenn die Demonstranten dem Beispiel eines Genossen folgten und sich entschuldigten. Daraufhin solidarisierte sich eine Studentenvollversammlung mit dem SDS und bezeichnete das Ansinnen des Rektors Boesch als „einer versuchten Erpressung ähnlich“.

GIESSEN

Vom „Aktionskomitee Öffentlichkeit“ des ASTA aufgefordert, versuchten Studenten die Öffentlichkeit der Sitzung des Großen Senats in der Aula herzustellen. Rechte Kommilitonen blockierten jedoch erfolgreich die Zugänge. Der Senat konnte unbedrängt die studentische Forderung nach Öffentlichkeit ablehnen. Als die Senatoren die Aula verließen, kam es zu Handgreiflichkeiten.

HAMBURG

Die Wahlen zum Studentenparlament, an denen sich 46 Prozent beteiligten, brachten den linken Gruppen die absolute Mehrheit. Zu neuen ASTA-Vorsitzenden wurden Günther Hopfenmüller (HSU) und Folker Malin (SDS) gewählt.

HEIDELBERG

Von den am 10. 1. verhafteten zwölf Studenten sind sieben wieder entlassen worden. Fünf von ihnen haben jedoch ein Verfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu gewärtigen. Die fünf wegen Landfriedensbruchs angeklagten Studenten bleiben in Untersuchungshaft.

KÖLN

Die Weigerung des Leiters des Seminars für Kriminalwissenschaften, Richard Lange, mit Studenten über seine braune Vergangenheit und sein Eintreten für die Todesstrafe zu diskutieren, führte zur Besetzung des Seminars. Am Mittwochabend rief Rektor Hübner die Polizei. Gegen 23 Uhr rückten 200 Polizisten an und räumten das von etwa 100 Studenten besetzt gehaltene Seminar. 10 Studenten wurden verhaftet, die anderen gingen freiwillig und versuchten den Beamten den Sinn ihrer Aktion zu verdeutlichen, was manchmal gelang, manchmal mit Schlägen quittiert wurde.

MAINZ

Am 16. 1. wurde eine Solidaritätsdemonstration für die inhaftierten Heidelberger Kommilitonen durchgeführt. Die Wahlen zum Studentenparlament brachten bei relativ starker Beteiligung von 54 Prozent einen kräftigen Rechtsruck. Der RCDS erhöhte die Zahl seiner Mandate von neun auf siebzehn. Dazu kommen sieben Sitze für die Liste der katholischen und zwei für die der evangelischen Studentengemeinde. Die linken Gruppen erlangen nur 13 Mandate (LSD 6, SDS 4, SHB 3). Daß 15 Sitze an Unabhängige gingen, verdeutlicht den unpolitischen Charakter dieser Wahl.

MARBURG

Anläßlich der Heidelberger Vorfälle besetzten Studenten das soziologische Institut und führten dort den Lehrbetrieb fort. Der Streik bei den Germanisten verlief erfolgreich. In Übereinstimmung lehnten Professoren, Studenten und Assistenten eine Zulassungsbeschränkung ab. Die Zwischenprüfung ist fortan freiwillig, es genügt ein erfolgreich abgeschlossenes Grundstudium. Kollektivarbeiten ersetzen Einzelreferate. Benotung erfolgt durch das Kollektiv. Professoren und Assistenten nehmen gleichberechtigt an den Arbeitskollektiven teil und stellen dann die Seminarscheine aus.

TUBINGEN

Etwa 2500 Studenten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen befinden sich zur Zeit im Streik. Eine Vollversammlung beschloß mit großer Mehrheit, den Lehrbetrieb zunächst bis Donnerstag zu boykottieren. Der Streik, dem sich auch die Ordinarien und Assistenten angeschlossen haben, richtet sich gegen die katastrophalen Raum- und Lehrverhältnisse an der Fakultät.

Betr.: Hochschulordnung (HO)

Die Senatskommission für Studentenschaftsfragen hat eine HO erarbeitet, die dem Senat zur Beschlussfassung vorliegt. Diese HO „regelt bei Konfliktsfällen, in denen Mitglieder (der Universität) die wissenschaftliche Arbeit behindern oder... beeinträchtigen, die Voraussetzung für eine Einigung zwischen den Beteiligten“. Ausdrücklich wird festgestellt, daß „zur Förderung der wissenschaftlichen Arbeit... auch Diskussion und Auseinandersetzung über Methoden und Inhalt des wissenschaftlichen Arbeitens (gehören)“.

Der Ordnungsausschuß (OA) setzt sich aus zwei Lehrenden und zwei Studenten zusammen. Beschlüsse können nur mit drei von vier Stimmen gefaßt werden.

„Die Kommission hat sich bemüht, ein völlig neues Konzept einer HO vorzulegen. Sie lehnt... ein „an strafrechtlichen Vorstellungen orientiertes herkömmliches Disziplinarrecht“, ab, denn solche Entwürfe schützen zwar den Wissenschaftsbetrieb im funktionalistischen Sinne, schützen jedoch die Wissenschaft nicht inhaltlich. Demgegenüber begreift sich diese Hochschulordnung als „eine Mittel zur ständigen Hochschulreform“, indem sie „die Möglichkeit bieten

Der ASTA zur Sache

(will), Konflikte, die bisher durch Ordnungsmaßnahmen der Dozenten o. ä. verdeckt werden oder Konflikte, die bisher in den Veranstaltungen bzw. Einrichtungen personal ausgetragen wurden, in einem Ausschuß behandeln zu lassen und damit zu objektivieren und gleichzeitig zu entschärfen.“ Die HO hat also u. a. „eine Art Pufferfunktion“ im Gegensatz zu bisherigen Hausrechts- und Disziplinarmaßnahmen, die „zumeist recht extrem und unverhältnismäßig (waren)“, oft „Strafcharakter (hatten)“. Demgegenüber „kommt der Konfliktlösungscharakter der HO zutage: sie behandelt die Voraussetzung für eine Einigung der Beteiligten.“ Sollte eine Einigung zwischen den Beteiligten nicht zustande kommen, „so kann der OA als erste Maßnahme zur Konfliktlösung den Betroffenen zur Änderung des Verhaltens auffordern“, verbunden mit einer „Androhung von Ordnungsmaßnahmen“. „Nur in

Notfällen“, „wenn überhaupt keine Einigung erreichbar ist“, „muß im Interesse der wissenschaftlichen Arbeit der Betroffene für eine gewisse Zeit von der betroffenen Institution ausgeschlossen werden. Der Ausschuß soll jedoch nur höchstens für die Dauer eines Semesters bemessen werden, um ihm jeden Strafcharakter zu nehmen.“

„Die vornehmste Aufgabe des OA“ ist es, „eine Einigung herbeizuführen oder eine Maßnahme zu bestätigen oder aufzuheben. Dabei ist es selbstverständlich, daß mit allen Beteiligten diskutiert wird. Erst wenn eine... Einigung nicht zustande kommt, kann der OA Maßnahmen ergreifen.“ So „besteht der Zwang zur Diskussion im Ausschuß: nur wenn drei der (4) Mitglieder sich auf einen Beschuß geeinigt haben, ist ein Beschuß möglich.“

„Da der OA keine Funktion eines Ehrengerichts o. ä. hat und da nur Fragen der wissenschaftlichen Arbeit anstehen, ... besteht kein Hinderungsgrund, die Öffentlichkeit immer zuzulassen.“

Gegen diesen hier vorgestellten progressiven, wirklich richtungsweisenden HO-Entwurf regt sich inzwischen die professorale Reaktion. Darüber in der nächsten BSZ. H. P. Kasper

Demaskierung der Charaktermasken

Fortsetzung von Seite 1

Auch die Strauß, Barzel, Jaeger, Schmidt, Schütz usw. sehen „unsere Demokratie“ und „unsere Freiheitliche Grundordnung“ gefährdet, wenn irgend etwas den Absichten des Bonner Machtkartells oder der „freien Unternehmerinitiative“ sich widersetzt.

Die christlich-sozialen Männer, die seinerzeit gegen das Grundgesetz gestimmt haben, weil es ihnen zu demokratisch und zu sozial war (im Gegensatz zur verbotenen KPD, die ihre Zustimmung verweigerte, weil ihr die Rechte der abhängig Arbeitenden zu wenig gesichert schienen, aber erklärte, es werde die Zeit kommen, wo sie als einzige Partei dieses Gesetz verteidige), die in der Folgezeit nicht eben „pingelig“ mit der Verfassung umgingen, die den Rechtsstaat durch Notstands- und Schutz-

haftgesetze in einen autoritären Obrigkeitsstaat umwandeln möchten, nennen heute jeden, der, Demokratie zu verteidigen auf die Straße geht, einen „Verfassungsfeind“, der „den Schutz des Staates nicht mehr für sich in Anspruch nehmen kann.“

„Kritik lassen wir uns gern gefallen“, sagte Strauß, aber nicht von Ungewaschenen und Verdreckten.“ Recht hat er. Schließlich hat Kritik sogar zu der Erwägung beigetragen, den leicht korrupten Oberkonsistorialrat durch den Salazar-Bewunderer oder den aufrechten Vertriebenen-Minister zu ersetzen.

Was aber die Radikalen angeht, so meint der Herr, der das Parlament belog, müsse der Staat seine ihm durch das Volk anvertrauten Machtmittel gebrauchen. Denn wenn dieser Zweifel daran lasse,

im Besitz der legitimierenden Werte zu sein, habe er sich schon selbst aufgegeben.

Der „Staat“, daß sind also nach Strauß die Politiker des Bonner Establishments, die bei allen wesentlichen Fragen (Aufrüstung, Wiedervereinigung, Notstand) auf die Meinung des Volkes gepefften haben, die von den Parteien und nicht vom Volk die Weihen empfangen, und die, wie Sportsfreund Wehner, sich schon nach 2 Jahren und 9 Monaten Amtszeit einer fetten Pension wert erachteten.

Uns „Staatsfeinden“ will man die Stipendien entziehen. Logisch. Aber wie sagten früher unsere Oberlehrer? In der Ostzone würden, pfui Diktator, unliebsamen Studenten die Beihilfen gestrichen. Doch Benda ist ein ehrenwerter Mann. Alois Kircher

Brief des ASTA an Kultusminister Holthoff

Sehr geehrter Herr Kultusminister!

In der Senatssitzung vom 6. 1. d. J. teilte der Rektor unserer Universität den Vertretern der Studentenschaft mit, daß er in einem Brief an Sie um Aufklärung darüber gebeten hat, wie in Zukunft die Regelung der Erhebung der Sozialbeiträge für die Studentenschaft gehandhabt werden soll. Aufgrund einer teilweisen Veröffentlichung dieses Briefes in dem „Bericht“ der Ruhr-Universität vom 9. 1. d. J. sind uns heute Einzelheiten dieses Schreibens bekannt geworden. Mit Bedauern müssen wir allerdings feststellen, daß in dem Brief in einzelnen Punkten nicht korrekt berichtet wurde. Aus diesem Grunde sehen wir uns gezwungen, Ihnen zu schreiben und unsere Auffassung darzulegen.

In dem Brief begründet der Rektor seine Auffassung damit, daß es erstens an der Voraussetzung fehle, die Aufgaben der Studentenschaft können nur durch Zwangsmittel erfüllt werden; daß zweitens der Vorstand der Studentenschaft und das Studentenparlament seine Aufgaben vorwiegend allgemein politisch verstehen, was mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei.

Zu der zweiten Feststellung ist zu sagen, daß sie nachweislich falsch ist. Im Protokoll der 24. o. Sitzung des Studentenparlamentes am 22. 10. 68 ist ausdrücklich festgehalten, daß der Vorstand der Studen-

tenschaft der Auffassung sei, daß „die Hochschulpolitik, die er als seine Hauptaufgabe betrachtet, nicht losgelöst von der Gesellschaft betrachtet werden kann. Also kann er in diesem Sinne ein politisches Mandat beanspruchen.“ Von dieser Auffassung ist der Vorstand der Studentenschaft nicht abgewichen.

Es ist schwerlich zu bestreiten, daß ein Zusammenhang besteht zwischen den Aufgaben der Universität, die sie in der Gesellschaft erfüllen soll, und der Organisation ihrer Selbstverwaltung. Auf diesen Zusammenhang zu verzichten, würde Unwissenschaftlichkeit bedeuten. Die Darlegung dieses Zusammenhanges widerspricht aber nicht, soweit uns bekannt ist, einer hochschulpolitischen Auffassung, wie sie auch von dem Rektor unserer Universität vertreten wird.

Was die erste Auffassung des Rektors betrifft, so dürfte sie in dieser Ausschließlichkeit nicht zutreffen. Bisher gibt es zumindest keine ausreichende empirische Erfahrung darüber, ob die Aufgaben der Studentenschaft ohne Zwangsmittel erfüllt werden können. Für den Bereich der politischen Bildungsarbeit und für die Vertretung der Studenten in Organen auf Universitätsstufe muß eine demokratische Willensbildung unter den Studenten möglich sein, die als verbindlich angesehen wird. Dafür bedarf es aber auch Geldmittel, die die Durchführung dieser Aufgaben ermöglichen und zugleich eine Unabhängigkeit zur Durchführung gewährleisten. Darüber hinaus ist auch die Sozialarbeit zu berücksichtigen, die von der Studentenschaft wahrgenommen wird und wesentlich auf die Solidarität der Studenten gegründet ist.

Für beide Bereiche scheint es uns auch heute noch notwendig, eine

Zwangskörperschaft der Studenten aufrechtzuerhalten. Diese Ansicht ist durch die Mehrheit der Studenten bekräftigt, da die in einer Urabstimmung verabschiedete Satzung der Studentenschaft an der Ruhr-Universität in § 30 festlegt, daß die Studentenschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben von den immatrikulierten Studenten Sozialbeiträge erhebt. Wir dürfen in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß der Sozialbeitrag, der an dieser Universität erhoben wird, von Ihrem Ministerium im Juni 1967 genehmigt wurde. Damit dürfte aber auch Ihr Ministerium die Notwendigkeit dieser Beiträge akzeptiert haben.

Wir erlauben uns, diesen Brief in einer Gegendarstellung zu dem zitierten Bericht zu veröffentlichen.

Guido Boulboullé

Parlaments-Stenogramm - SP verabschiedet Haushalt 68/69

Sehr dramatisch verlief die Wahl des stellvertretenden Senatssprechers der Studentenschaft. Als Kandidaten hatten sich Titan Holtgreve (HSU) und Anton von Magnis (BSU) aufstellen lassen. Erst im dritten Wahlgang, der zweimal angefochten wurde, erreichte Holtgreve die Mehrheit.

In der 34. Sitzung des Studentenparlamentes kamen die bereits seit einigen Monaten mit Unterbrechungen laufenden Beratungen des Haushaltes endlich zum Abschluß. In der dritten Lesung wurde der Etat mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit von 26 Abgeordneten einstimmig verabschiedet. In der Kurzfassung gliedert sich der Haushalt wie folgt (Der vollständige Haushaltsplan ist in der Baracke 8 kostenlos erhältlich):

Zusammenstellung der Gesamteinnahmen und -ausgaben			
I. EINNAHMEN		DM	DM
1.000 Gesamteinnahmen		1 103 379,—	
II. AUSGABEN			
2.000 Studentenparlament			
Personalausgaben			6 450,—
Sachausgaben			6 400,—
3.000 Vorstand			
Personalausgaben			36 101,—
Sachausgaben			35 273,—
4.000 Verwaltung			
Personalausgaben			44 141,—
Sachausgaben			37 800,—
Fachschaften			20 000,—
6.000 Zuwendungen an das Studentenwerk			860 090,—
7.000 Verbandsbeiträge			28 490,—
8.000 frei			
9.000 Verschiedenes			28 634,—
		1 103 379,—	1 103 379,—

Rotbücher

2. Paul A. Baran/Erich Fried/Gaston Salvatore: Intellektuelle und Sozialismus, 128 Seiten. DM 4,50

3. Aimé Césaire: Über den Kolonialismus, 80 S. DM 3,50

5. Mao Tse-tung: Über Praxis und Widerspruch, 96 Seiten. DM 3,50

7. Wolfgang Dreßen: Antiautoritäres Lager und Anarchismus. Mit einem Lesebuch, 160 Seiten. DM 5,50

9. Ernesto Che Guevara: Guerilla - Theorie und Methode, 160 Seiten. DM 5,50

10. Wilfried Gottschalk: Parlamentarismus und Räte Demokratie. Mit einem Lesebuch, 128 Seiten. DM 4,50

Abonnieren Sie die Rotbücher in Ihrer Buchhandlung. Sie erhalten sie dann sofort nach Erscheinen für DM 1,- billiger. Der Verlag schickt gern den Almanach kostenlos. Berlin 31, Jenaer Straße 6

Wagenbach

Der Elfenbeinturm und die Macht

1933 war die Probe aufs Exempel: Die überwältigende Mehrheit der deutschen Professoren, ihrem Anspruch nach „unpolitisch“ und nur der „reinen“ Wissenschaft verpflichtet, ergaben sich willig dem Hitlerregime. Mehr noch, ihre Haltung reaktionärer „Apolitik“ während der Weimarer Republik machte sie zu Geburtshelfern des Dritten Reiches. Sie wurden es, urteilt Bleuel „weil sie in rückwärts gewandten Denkgewohnheiten

Karl Jaspers sagte nach Kriegsende, die deutschen Universitäten hätten 1933 ihre Würde verloren. Welche Würde hatten Deutschlands Universitäten zu verlieren, deren Exponenten, „Deutschlands Bekenner“, seit der Bismarck-Ära keine Gelegenheit ausließen, politische Borniertheit zu dokumentieren? Einstmals hatte es in Göttingen 7 Professoren gegeben, die gegen Verfassungsbruch protestierten (130 Jahre später unterschrieben einige Professoren Resolutionen gegen die Notstandsgesetze). Wie aber hatten es die Hochschulen mit Jacob Grimm politischem Vermächtnis gehalten? „Die deutschen hohen Schulen, solange ihre bewährte und treffliche Einrichtung stehenbleiben wird, sind nicht bloß der zu- und

abströmenden Menge der Jünglinge, sondern auch der genau darauf berechneten Eigenheiten der Lehrer wegen höchst reizbar und empfindlich für alles, was im Lande Gutes und Böses geschieht. Wäre dem anders, sie würden aufhören, ihren Zweck, so wie bisher, zu erfüllen. Der offene, unverdorben Sinn der Jugend fordert, daß auch die Lehrenden bei aller Gelegenheit, jede Frage über wichtige Lebens- und Staatsverhältnisse auf ihren reinsten und sittlichsten Gehalt zurückführen und mit redlicher Wahrheit beantworten.“

Spätestens im Bismarck-Reich erfolgte die totale Unterwerfung. Die „Bekenner“ wurden zu Advokaten staatlicher Macht. Selbst Liberale, wie David Friedrich Strauß, huldigten dem preußischen Absolutismus

und in politischen Traditionen befangen waren, die mit einer demokratischen Gesellschaftsverfassung unvereinbar waren“. Beweismaterial: ein Zitatenschatz, der repräsentativ professorales Denken aus 150 Jahren neuzeitlicher deutscher Universitätsgeschichte nachzeichnet, eine historische Argumentation, die der Polemik nicht bedarf, eine Darstellung aus kritischer Rationalität, die überzeugt.

den —, sondern der Umstand, daß der Professor das Ansehen seines ihm vom Staate verliehenen Amtes benutzt, um es gegen den Staat in die Waagschale zu werfen. Das kann kein Staat dulden, mag die Tätigkeit des Beamten sein, welche sie will.“ Auf wilhelminischen Imperialismus eingeschworen, fehlte Deutschlands Professoren jedes Verständnis für rationale Politik. Max Weber sprach von einem „schlechtthin hohlen und leeren, rein zoologischen Nationalismus“ der gebildeten Schichten.

„Nach Erschöpfung beispielloser Langmut hat Deutschland das Schwert gezogen gegen die Brutstätten schlechender Hinterhältigkeit...“, so tönte 1914 Max Planck. 3016 Wissenschaftler unterzeichneten im Oktober des Jahres eine „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reichs“. „Unser Glaube ist, daß für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche ‚Militarismus‘ erkämpfen wird, die ‚Manneszucht, die Treue, der Opfermut des einträchtigen freien deutschen Volkes.“ Professoren forderten den totalen Krieg und drohten ideologische Phrasen („Deutsch sein: das heißt den Geist ernster nehmen als das Leben“), die sie der deutschen Jugend auf den Weg in den Schlachtentod mitgaben.

In der nächsten Ausgabe: Der Friede als ‚Katastrophe‘, Bündnis von Ressentiment und Wissenschaft, gegen Weimar — für Hitler, Braune Universität. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten fand nach dem 2. Krieg nicht statt.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Haft für Strip

„Haarsträubende Vorgänge wie Entkleidungen von Damen oder Besudelung von Akten mit Kot im Gerichtssaal“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer in der Tat haarsträubenden gesetzgeberischen Initiative veranlaßt.

Der Bundestag behandelte am Freitag einen Gesetzentwurf, der für Ordnungstrafen wegen ungebührlichen Verhaltens vor Gericht eine Erhöhung des Höchststrafmaßes von drei Tagen auf sechs Wochen vorsieht.

Diese gravierende Verschärfung soll verunsicherten Richtern ermöglichen, die „Arbeitsfähigkeit der Gerichte“ und die ramponierte Staatsautorität wirksamer zu schützen. Justizminister Heinemann äußerte vor dem Bundestag Bedenken. Die Vorlage der CDU/CSU greife einer Beratung der Thematik im Sonderausschuß Strafrecht vor.

Deutschlands Bekenner

H. P. Bleuel



Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur

Scherz

H. P. Bleuel zerstört den Mythos vom unpolitischen deutschen Professor. Eine Dokumentation zum „Muff unter den Talaren“. „Deutschlands Bekenner“, 256 S., Scherz-Verlag. 19,80 DM.

Dokumente eines neuen filmischen Bewußtseins

Erstes „Festival Bochumer Filmer“ in der Ruhr-Universität

Zaghaft als Improvisation in die Welt gesetzt, erwies sich das erste „Festival Bochumer Filmer“ als ein in den Dimensionen und der Qualität mit anderen nichtetablierten Filmschauen (Hofer Filmtage, Hamburger Filmschau, etc.) durchaus konkurrenzfähiges Unternehmen.

Der „Studienkreis Film“, dessen Programme und Sonderveranstaltungen die Cineasten des Ruhrgebiets schon seit Jahren für die einfalllosen Nuditäten und Platteiten des Kommerz-Kino-Angebotes entschädigen, hatte mit seiner Filmschau ein Forum schaffen wollen, auf dem sich unterschiedslos jeder, ob Dilettant oder Under-

Projektor beim Vorführen entstehenden Experimentalfilmen (Neddermanns „Zeichen“) bis zum technisch-handwerklich brillant gemachten Autorenfilm mit Drehbuch und „Story“ („Pur Ana“ von Schade und Knoop) zeigte es sich repräsentativ für die aktuelle, nicht-kommerzielle Kurzfilmproduktion.

Eines wurde deutlich: der seine Unschärfe und technische Schmutzigkeit als intendiertes Stilprinzip ausübende „underground“ der letzten Jahre hat keine Chance mehr, auch ist schon eine Übersättigung an dem nur infolge seines Sujets aufreizenden, ansonsten aber belanglos-trivialen „Pornostreifen“ eingetreten. Nicht ohne Grund waren es — von Schade/Krempel/Rozzock „Ein Abend bei Frau Gesundheitsminister“ bis zu Otto Kelmers „Der Wind schreit durch das zerbröckelnde Gras“ — ausnahmslos intellektuell reflektierte und filmtechnisch solide gemachte Arbeiten, die einen Hauptpreis davontrugen.

Unreflektierte „Geschichten“ oder Anekdoten werden kaum mehr erzählt. (Einzig der Bochumer Studienrat Kostreima filmte lieb in 8 mm und Farbe eines Knaben verführten Zigarrenkonsum und die bunten Tierchen im Bochumer Zoo.) Mit Dokumentarischem ist man vom Fernsehen übersättigt. (Entsetzlich peinlich „amateurhaft“ langweilte in diesem Zusammenhang Küppers „Happening 66“, das einerseits Dokumentation sein wollte, andererseits die Persiflage einer Dokumentation, das aber nur eines war: ungenießbar. Ellen Widmaiers „2 Maitage“ von der französischen Erhebung im letzten Jahr hätten — vom Thema her — interessant sein können, erschöpften sich aber in der Addition schöner roter Fahnen. Eine solche „Authentizität“ dient weder der Sache noch dem Film.)

Von der Film-Spezies „Faszination des Lichts und der Farbe“ scheint auf jedem Filmtag mindestens ein Beitrag unvermeidbar. (In Bochum spiegelte Küchings „Nachtlicht“, honoriert mit einem 4. Preis, Weihnachtsbeleuchtung, verglühende Streichhölzer und Glühbirnenleuchte zu einem stillen ästhetischen Glück.)

Interessanter, typischer und in der Überzahl fanden sich Arbeiten, die zu einem neuen filmischen Bewußtsein beitragen wollen — intellektuell und formal: Neddermann verzichtete in „Zeit“ völlig auf das vermeintlich Filmspezifische: sein „Film“ bringt ohne Bild nur das akustische Signal der Telefon-Zeit-ansage.

Formales Experiment gekoppelt mit einer gesellschaftspolemischen Aussage bot Heinrich Pacht. In seiner, mit dem von P. Kress und H. Scharfenorth gestifteten „Preis der Kritik“ ausgezeichneten Schleife „Primaballerina“ wiederholt sich die vorwärtsstrebende Bewegung einer Lederhose zum Text einer „Die Richtung stimmt!“ — Regierungsanzeige.

Sehr differiert zeigten sich die Realisierungsmöglichkeiten bei Arbeiten zum Thema Zeit und Gesellschaft: Charles Rump schnitt zwischen Fernseh- und Werbecollagen eine Parodie der Passion Christi („Oh!“) und rechnete in „Heimatfern“ starben den Tod Vollmarsteins tapfere Söhne...“ spöttisch leicht und gekonnt mit Heldenverehrung und Traditionstümelei ab. Mit der Methode eines polemisch-agitatori-



1. Preisträger Schrade

schen Unterlaufens dagegen zielte Bosshard („Sagen wir: Erstling“) gegen seine reaktionären und unengagierten Feinde.

Auf eine Metapher verkürzt stand das Thema Mensch-Technik zentral in Otto Kelmers „Der Wind schreit durch das zerbröckelnde Gras“. (Eine menschliche und eine mechanische Hand arbeiten bis zur beiderseitigen Zerstörung gegeneinander.) Sein Film gehörte mit zu den präzisesten und perfekten Realisationen. Der ihm zugestandene 3. Preis war verdient, ohne Zweifel würde seine Arbeit auch auf „arrierten“ Festivals wie Mannheim oder Oberhausen die ihr zustehende Beachtung finden.

Es war schon nach Mitternacht als vor einem fast geleerten Saal (der während der Veranstaltung für den Andrang des Publikums viel zu klein war) die Stimmen ausgezählt und die Hauptpreise vergeben wurden. Den ersten Preis, Filmmaterial für DM 150, bekamen Schrade/Krempel/Rozzock für ihren psychologisch-ironischen Streifen „Ein Abend bei Frau Gesundheitsminister“ dessen Bilder „schöne“ und schon dadurch in ihrer Bedeutung veränderte optische Zitate abendländischen Kulturbewußtseins sind.

Ebenfalls von Schade (diesmal in Kooperation mit Knoop) stammte der zweite Preisträger „Pur Ana“. Dieser schon im Mannheimer Informationsprogramm sehr beachtete Film, ist eine aus „Kapiteln“ bestehende mit Tonverfremdungen und Kamera-Gags arbeitende kritische Reflektion des manipulierten Alltags.

Einen Preis verdient hätte auch Claudio Hofmanns „Fakten über Erlauch“. Obwohl in einzelnen Sequenzen sehr eklektizistisch, an Vorbilder wie Godard und Renais anknüpfend, war er Beweis dafür, daß trotz vieler in der letzten Zeit überbewerteter „Experimente“ es schließlich doch der reflektierte, auf brillanter Beherrschung des Mediums Film basierende Streifen ist, der die Zukunft bestimmt — auch im Hinblick auf das unbedingt notwendige neue filmische Bewußtsein. Peter Kress/h. s.

Teppichboden und Läuferreste...

kann man in jeder Wohnung vielfach brauchen. Keil & Kath bringt interessantes Angebot zu ganz niedrigen Preisen!

EIN GUTER RAT:

TEPPICHE VON **KEIL & KATH**
BOCHUM, BONGARDSTR. 28, AN DER PAULUS-KIRCHE

LOEWE

ADOLF LOEWE

Büromaschinen • Möbel • Organisation
Bochum • Kortumstraße 95 • Ruf 1 60 41



... auch Sie könnten mal krank werden

De es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Düsseldorfer“ sogar recht. Jeder Mensch kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganz Geld verschlingen. Wie bedrohlich, wenn die DKK die hohen Kosten übernimmt!

Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt! Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 62, Telefon 2 04 01
Bochum: Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 95, Telefon 6 05 46-48

Europäische Marken-Teppiche
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee

US VERKAUF

H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 669 39

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trisper
BRILLEN **Hagemann**
SÜDRING 20
Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar • unzerbrechlich

Studenten reisen mit Studenten

Christianul Mare (Rumänische Karpaten) Flugreise, 14 Tage Vollpension DM	397,-
Rauris (Dolomiten) 14 Tage Vollpension ab DM	268,-
Pozza di Fassa (Italien) 14 Tage Vollpension ab DM	312,-
Prag 28. 2. bis 7. 3., 24. 3. bis 31. 3., 23. 5. bis 30. 5. Fahrt, Vollpension, Programm, Versicherung DM	192,-
Paris 28. 2. bis 6. 3., 12. 3. bis 18. 3., 1. 4. bis 7. 4., 9. 4. bis 15. 4., Fahrt mit Hotel und Frühstück DM	98,-

Beratung und Buchung bei:

Studenten-Reisedienst Bochum
Lennershofstraße 66, Baracke 8 (neben der Mensa)
Telefon: 51 14 57

schallplatten kaufen Sie im



Kortumstr. 93 • Tel. 1 51 60

groundfilmer, Arrivierter oder namenloser Köner, Ästhet oder Engagierter, mit seinen Arbeiten dem Publikum stellen konnte. Eine Beschränkung auf bestimmte Formate oder Längen und eine Vorauswahl — die dübiöseste Einrichtung der meisten Festivals — existierte nicht. Auch auf eine die Preise nach Proporz und subjektiven Gewogenheiten vergebende Jury hatte man verzichtet und das Urteil über die mehr als vier Stunden belichteten Filmmaterial (25 Streifen, eingezeichnet von 16 jungen Filmemachern) dem Publikum überlassen. Das Angebotene war phantastisch; in seiner Streubreite vom erst im

Einmann-Hüsch



Der Hörsaal war überfüllt, als Hans Dieter Hüsch vergangenen Donnerstag seinen Zuhörern eröffnete: „Laßt uns was singen! Aber was? Wofür? Nun, zu-

nächst für vietnamesische Kinder im Oberhausener Heim, für die Napalm das Brot der Armen war.“

Hüsch stimmte keinen „Walter für Walter den Sogenannten“ an, er beschrieb die Blasiertheit bundesdeutschen Bürgertums, griff in den alltäglichen Zitatenschatz dessen kleinkariertem Mediokrität. Oft Gehörtes und Erlebtes gedieh zu entwerfendem Witz („Und dann habe ich vor zwei Jahren persönlich zu Herrn Doktor gesagt, ich, wörtlich: Ihre Frau hat meiner Frau gar nichts zu befehlen!“)

Marx und Freud blinzelten sich zu. Hüsch besang das deutsche Gemüt, den deutschen Volksschullehrer im zeitlosen Lodenmantel: den tiefsitzenden braunen Mief.

Es gelang ihm, ohne penetrant zu wirken. Sein direkter Witz

sprach unmittelbar an, er wurde nicht goutiert, konsumiert, kanalisiert: der existente Popanz deutscher Dummheit wurde ausgelacht. Das war der bessere Teil seines „Einmann-Kabaretts“.

Doch Hüsch war auch konstruktiv: „Wann schickt das dreckige Volk die sauberen Herren in ihren mit allen Wassern gewaschenen Himmel?“

Kabarett mit moralischem Appell zur Veränderung der Zustände? Derlei Agitation scheint Hüsch wohl selbst fruchtlos, wenn er formuliert: „Wollen wir unsere alten Träume an konziliante Schwätzer einfach so verkaufen? Das ist meine Frage, und sie dürfen nun verdrängen, was ich sage.“

„Familie Gänseklein“, die „sonntags zwischen Kaffee und Kuchen konservativ zu sein hat“, war „politisch“. -er-

Hoffnung auf Hochschulgesetz?

Der neue SPD-Entwurf: Heute, Do. 20 Uhr A2

Aufsehen erregt seit einigen Wochen bei Bildungspolitikern ein Hochschulgesetzentwurf, der vom SPD-Bezirk Westl. Westfalen vorangetrieben wird und als bisher einziger Entwurf die Chance einer autonomen, verantwortlichen, demokratischen und leistungsfähigen Universität bietet.

Habilitationsreform?

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat der Öffentlichkeit Vorschläge zur Reform des Habilitationswesens vorgelegt. Danach hat jeder Inhaber des Dokortitels das Recht, seine Zulassung zum Habilitationsverfahren zu beantragen. Das Verfahren muß ohne Verzögerung eingeleitet werden; der Antragsteller ist auf die Fürsprache eines Mitglieds des Lehrkörpers nicht angewiesen. Im Verfahren muß der Bewerber die Befähigung zur Forschung durch eigene Arbeiten oder durch eigenständigen Anteil an wissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeiten nachweisen.

Der Entwurf wurde von einer Kommission erarbeitet, der neben Bildungspolitikern (Liedtke, SPD/MdB, Dr. Quast [Stiftung Mitbestimmung]) Mitglieder aller Hochschulgruppen angehörten (Prof. Mommsen, Bochum; Dr. Küchenhoff, Dozent in Münster; Ass. Dr. v. Renesse; J. Lüthje, Wiss. Hilfskr., Carla Boulboulle, R. Zimmermann, Studenten, alle Bochum).

Trotz mancher Kompromisse enthält der Entwurf wesentliche Fortschritte und klare politische Aussagen. Der Entwurf sieht u. a. vor: — die Paritätische Mitbestimmung in allen Entscheidungsgremien; — ein Hochschulparlament mit weitesten Kompetenzen; — einen diesem verantwortlichen Verwaltungsrat und ebenso verantwortlichen Rektor oder Präsident; — paritätische Abteilungsver-sammlung und Abteilungsrat; — Autonomie der Universität, kein Kuratorium, keine Einzelaufsicht des Kultusministers; — Landeshochschulkonferenz als Planungsort; — nur teilweise gebundene Globalüberweisungen für Uni-Haushalt; — Politisches Mandat der Universität als Verantwortung für die demokratische Grundordnung; — Neugliederung des Personal-aufbaus;

Assistent 2 Jahre, vorw. Forschung; Assistenzprofessor 6 Jahre, Forschung und Lehre; Habilitation entfällt: Ausschreibung; — Rechtsfähigkeit der Studenten-schaft, bei demokratischer Organisation Politisches Mandat wie die Universität; Finanzierung durch Uni- und Landeshaushalt und ersatzweise durch Beiträge; Rechtsaufsicht nicht beim Rektor.

Eine genauere Darstellung erscheint demnächst in den „Sozialistischen Perspektiven“ des SHB. Der Entwurf wird z. Z. gedruckt und ist dann im Bar. 8 erhältlich. Der Entwurf stieß in ein politisches Vakuum, da gerade KuMi Holthoff den dritten Entwurf seiner Ministerialen als unzureichend zurückziehen mußte. Die klare Absage an alle dirigistischen und technokratischen Modelle findet die Zustimmung vieler SPD-Politiker.

Ob jedoch die weitgehende Autonomiefreundlichkeit eine Mehrheit gewinnen wird, ist ungewiß. Zu sehr haben die Professoren durch ihre kurzfristige Verteidigung von Privilegien das Vertrauen in die Selbsterneuerungsfähigkeit der Universität verspielt. Welche Lösungen Wirklichkeit werden könnten, wird am 30. 1. 20 Uhr diskutiert mit Landtagsabgeordneten der SPD: Bargmann und Frau Pocke.

„Anschlag auf staatl. Ordnung“ Justizminister gibt Auskunft über Perser

Der AstA wandte sich vor einigen Monaten an das Bundesjustizministerium und bat um Aufklärung über das Schicksal von 14 persischen Studenten, die nach damals vorliegenden Meldungen in Persien wegen politischer Gründe verhaftet worden waren. Der Justizminister befragte in dieser Angelegenheit das Auswärtige Amt und gab jetzt

in einem Schreiben an den AstA folgende Auskunft:

Nach den Informationen des Auswärtigen Amtes „trifft es zu, daß in Iran eine Gruppe von 14 Personen verhaftet worden ist, unter denen sich ein früherer Student befindet. Die Gruppe wird beschuldigt, einen Anschlag auf die bestehende staatliche Ordnung geplant zu haben. Meldungen, denen zufolge gegen acht iranische Studenten die Todesstrafe beantragt oder gar verhängt worden ist, treffen nach Kenntnis des Auswärtigen Amtes nicht zu.“



Manipulierte Demokratie

Wenn Studenten in gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen auftreten, sehen viele Funktionäre rot. Das zeigt ein Vorfall, der sich letzten Freitag auf einer Tagung der Ortsgruppe Dortmund-Krey der IG Bergbau zutrug. Thema war das Problem der Frühinvalidität, von dem viele Bergleute betroffen sind. Arbeitsämter können zuweilen ausheilen, indem sie einen Hauer Deckchen stecken lassen. Walter Arendt war gekommen, um seinen „bewährten“ Vortrag über die Krise der Ruhrkohle abzugeben. Eingeladen war von mehreren selbst arbeitslosen Ortsgruppen-Mitgliedern auch ein Student aus Jaeggis Seminar über Probleme der Arbeitslosigkeit. Dieser erschien mit zwei Mitseminaristen, wurde jedoch bereits an der Tür des mit rund 50 Mitgliedern spärlich besetzten Saals von einem herbeigeeilten Vorstandsmitglied darauf aufmerksam gemacht, daß er kein Recht habe, an der Versammlung teilzunehmen.

Da jedoch die Teilnehmer anders reagierten, wandten sich die drei an den Vorstandstisch, erläuterten, wer sie seien und warum sie teilnehmen wollten. Fanden jedoch auch vor den Augen des übrigen Vorstandes einschließlich Arendt keine „Gnade“.

Sie schlugen daher vor, über ihre Anwesenheit durch die Mitglieder abstimmen zu lassen, worauf einer der Funktionäre offen erklärte: „Ach, die haben hier nichts zu sagen.“ Sie wurden aus dem Saal komplementiert mit dem Bemerkung, wenn sie nur hören wollten, was gesagt werde, das könnten sie auch über die Lautsprecheranlage draußen tun. Drinnen sei alles besetzt.

Als die Studenten ohne Murren den Saal verlassen hatten, wurde die Lautsprecheranlage natürlich ausgeschaltet. Offenbar haben Gewerkschaftsfunktionäre um Walter Arendt, der ja nicht umsonst von Unternehmensseite wiederholt gelobt wird, Furcht davor, daß der Feind mithören könnte.

Devot, devoter, DAG Mit Höflichkeit erreicht man eben mehr, nicht wahr meine lieben Kommilitonen?

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Der Personalrat

463 Bochum, den 3. Dezember 1968

An Se. Magnifizenz
den Rektor der Ruhr-Universität
Herrn Professor
Dr. Kurt-H. Biedenkopf

Ew. Magnifizenz,
gegen Ende des vergangenen Monats übersandte ich Ihnen eine Resolution aller Personalräte der Universitäten und Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Beteiligung der Bediensteten an der Selbstverwaltung der Universitäten. Diese Resolution ist den entsprechenden Stellen der Regierung und des Landtages von Nordrhein-Westfalen zugeleitet worden. Das darin ausgesprochene Anliegen hat inzwischen auch eine Resonanz in der Presse und im Fernsehen gefunden. In dieser Resolution drückt sich einmal das Gefühl der Universitätsbediensteten aus, Mitglieder der Korporation Universität zu sein, zum anderen zeugt sie, recht verstanden, auch von dem Verantwortungsbewußtsein, das die Bediensteten gegenüber der Universität haben. Mittlerweile sind Verlautbarungen von Gewerkschaften, aber auch von Gruppen innerhalb der Universität, etwa seitens der Assistenten, erschienen, die diesen Gegebenheiten Rechnung tragen. Der Personalrat bittet daher, prüfen zu wollen, ob die Bediensteten der Ruhr-Universität nicht Vertreter in die Verfassungskommission entsenden können, um mitzuwirken, die Grundlagen für eine funktionsgerechte Beteiligung der Bediensteten an der Selbstverwaltung der Universität zu erarbeiten. Zwar geschieht die Arbeit des Personalrates nach dem Gruppenprinzip, der Personalrat wird aber für dieses Vorhaben von der dafür nötigen Zahl dreier Vertreter Abstand nehmen können. Ein Vorschlag, der mehrere Namen zur Auswahl durch den Senat enthält, kann sofort eingereicht und gegebenenfalls ergänzt werden. Ich brauche Ew. Magnifizenz nicht zu erklären, wie wichtig diese Angelegenheit für die Bediensteten und wohl auch für die Universität und ihre Entwicklung ist. Ich bitte Sie aber um größtmögliche Förderung dieses Anliegens.

Ich versichere Ew. Magnifizenz mit ausgewählt schöner Empfehlung
meiner vorzüglichen Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Röhlings

Studentensport an der Ruhr-Uni Nachrichten aus dem Sportreferat

Letzte Ergebnisse und Abschlussschluß-
belle in der Vorrunde der DHM im
Fußball: ...

Uni Bochum — Uni Münster 1:3

Uni Gießen — Uni Bochum 2:1

1. Uni Münster 9:3 19:5

Uni Köln 9:3 15:5

3. Uni Marburg 7:5 12:10

Uni Bonn 7:5 16:14

5. Uni Bochum 5:7 10:14

6. Uni Gießen 4:8 12:18

7. TH Aachen 1:11 11:29

... und im Basketball:

Uni Bochum — Uni Münster 52:72

Uni Gießen — Uni Bochum 108:58

1. Uni Köln 12:0 507:362

2. Uni Gießen 10:2 532:426

3. Uni Münster 8:4 420:424

4. TH Aachen 4:8 408:343

Uni Marburg 4:8 401:400

Uni Bon 4:8 380:436

7. Uni Bochum 0:12 310:487

Barbara Hennig (jur. Fachschaft)
erreichte bei den DHM im alpinen
Skilauf (FIS-B-Rennen) im Riesenslalom den 9., im Slalom den 7. Rang.

Am Donnerstag, den 30. 1. 69, 19

Uhr, findet im IfL die 1. Oberte-

versammlung statt.

Tagesordnung:

1. Satzung

2. Finanzen

3. Weiterentw. d. Stud.-Sports

4. Verschiedenes

Bei den DHM im Judo am 2. 2. 69

in München starten für die Ruhr-

Universität:

K. Bernsmann (Jura) Leichtgew.

J. Drinnhausen (Math.) Mittelgew.

A. Liese (Masch.-Bau) Mittelgew.

B. Ziegenfuß (Masch.-Bau) Halb-

schwer

Übernehme sämtliche schriftlichen

Arbeiten in deutscher Sprache, aus-

genommen Mathematik und Physik.

Telefon: Bochum 1 41 80.

Studenten kaufen

Tabak · Zeitungen
Spirituosen und
Lebensmittel
Kaffeeausschank
in ihrer
Trinkhalle Kothhoff
(an der Mensa)

Das Druckhaus
für
anspruchsvolle Kunden



Druckhaus
Schürmann & Klagges

Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 160 81-83

Historiker auf neuen Wegen

Fortsetzung von Seite 1:

Während hier also noch beträchtliche Widerstände zu überwinden sein dürften, vor allem deshalb, weil sich der Entwurf kaum in den Rahmen der vorläufigen Fassung der Ruhr-Universität einfügen läßt, sind sich alle Mitglieder der Abteilung darüber einig, daß einiges getan werden muß, um der „mangelnden Reflexion“ (Vierhaus) bei den Historikern entgegenzuwirken.

Die Fachschaft hat deshalb inzwischen eine Kommission gebildet, die sich mit der Vorbereitung eines Methodenseminars für das Sommersemester beschäftigt. Doch besteht auch hier die Gefahr, daß ein solches Seminar lediglich als Zusatzveranstaltung neben dem normalen Lehrbetrieb existiert, während sich die üblichen Seminare weiterhin in theorielesem Geplapper ergeben. ilus

Dem „Steiger“ eine Plattform! Endlich konstruktive Studienreformvorschläge

Die Befürworter konstruktiver Universitätsreformen können endlich aufatmen, denn es gibt jetzt den „Steiger. Zeitschrift für Germanistik und Literatur“, der sich bemüht, für alle Gutwilligen eine „echte Plattform auf der Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ zu schaffen.

„Der Steiger“ besticht vor allem durch seinen grundlegenden Entwurf einer semesterbegleitenden Zwischenprüfung. Wir zitieren: „Die Zwischenprüfung findet jeweils in der Mitte eines jeden Semesters statt und regelt den Verlauf der 2. Semesterhälfte für den Absolventen. Folgerichtig wird jedes Semester in Grund- und Hauptsemester eingeteilt.“

Vorbedingungen für die Anmeldung zur Semesterzwischenprüfung sind 1. die Vorlage dreier mit mindestens „befriedigendem Erfolg“ ausgestellter Klausurscheine des Grundsemesters, 2. im Falle eines höheren als des 1. Semesters müssen Bescheinigungen über alle bereits abgelegten Examen und deren Vorbedingungen erbracht werden (s. u.). Die Zulassung zum Hauptsemester wird erteilt nach Vorlage der Bescheinigungen über die bestandenen Semesterzwischenprüfungen des laufenden und aller vorherge-

Gleichzeitig fordert die Gewerkschaft, daß sexualpädagogische Themen in die systematische Lehr-tätigkeit der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen aufgenommen werden. Methodik und Didaktik der geschlechtlichen Erziehung sind in die Arbeitspläne der Seminare und pädagogischen Institute einzubeziehen.

Das Kultusministerium wurde aufgefordert, örtlich und regional Arbeitsgemeinschaften für Erfahrungsaustausch und Weiterbildung der Lehrer einzurichten.

„Der Steiger“ besticht vor allem durch seinen grundlegenden Entwurf einer semesterbegleitenden Zwischenprüfung. Wir zitieren: „Die Zwischenprüfung findet jeweils in der Mitte eines jeden Semesters statt und regelt den Verlauf der 2. Semesterhälfte für den Absolventen. Folgerichtig wird jedes Semester in Grund- und Hauptsemester eingeteilt.“

Vorbedingungen für die Anmeldung zur Semesterzwischenprüfung sind 1. die Vorlage dreier mit mindestens „befriedigendem Erfolg“ ausgestellter Klausurscheine des Grundsemesters, 2. im Falle eines höheren als des 1. Semesters müssen Bescheinigungen über alle bereits abgelegten Examen und deren Vorbedingungen erbracht werden (s. o. und s. u.).

Der Übergang vom laufenden Hauptsemester zum folgenden Grundsemester wird durch das Semesterabschlußexamen geregelt.

henden Semester (auch an anderen Universitäten und im Ausland) sowie den Vorbedingungen, die zu den Examina erbracht werden müssen (s. o. und s. u.).

Der Übergang vom laufenden Hauptsemester zum folgenden Grundsemester wird durch das Semesterabschlußexamen geregelt.

Teach-in des SDS

Die Ordinariatsuniversität hat abgewirtschaftet. Von zwei Seiten wird sie angegriffen: von der Studentenbewegung, die zunehmend ihre emanzipatorischen Forderungen in direkten Aktionen konkretisiert, und von den Managern des autoritären Staates, die eine technokratische Hochschulreform im Sinne des westdeutschen Kapitals beabsichtigen. Der Widerstand in allen Bereichen der bürgerlichen Klassenuniversität muß deshalb über den brennenden Papierträger der Ordinariatsuniversität hinwegsetzen und ins Zentrum der Macht der faschistischen Technokratie zielen. Dieses Ziel hat auch die polition des SDS, Dienstag (4. 2.), 15 Uhr, C I.

Opel spendete für Wohnungen

Die Adam Opel AG hat dem Studentenwerk einen Scheck über 4 000 DM überreicht, der als „Baustein“ für das geplante Studentenwohnheim des Studentenwerks dienen soll. Mit dieser Spende erwirbt die Opel AG eine Belegungsoption für ein Zimmer des Wohnheims.

Zivilcourage

Im Prozeß gegen einen Beteiligten an den Osterdemonstrationen gegen den Springerkonzern entschloß sich der Gerichtsvorsitzende, Amtsgericht Plessow, zu einem mutigen Schritt. Der Kölner Oberstaatsanwalt hatte ihn mehrfach zu überzeugen versucht, daß eine Verurteilung der Demonstranten notwendig sei. Dieses durchaus nicht übliche Vorgehen, wie die Staatsanwaltschaft betonte, veranlaßte Plessow, der zwei Jahre vor seiner Pensionierung Repressionen weitgehend entrichtet ist, sich selbst für befangen zu erklären.

Der Angeklagte hielt den Amtsgerichtsrat aus anderem Grund für befangen. Wegen seiner antifaschistischen Vergangenheit sei Plessow keineswegs als repräsentativ für die Kölner Justiz anzusehen.

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft

an der Ruhr-Universität

Verantwortlicher Redakteur: Alois Kircher

Anzeigenleitung: Christine Schippl

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66

(Ruhr-Universität)

Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum,

Nr. 720 666; Westfalenbank AG, Bochum,

Nr. 90 685 9

Auflage: 8000 Exemplare

Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum,

Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum,

im Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum,

Lennershofstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.

g. V. = geschlossene Vorstellung
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier
Karten für Studierende 50% ermäßigt. Anrechtsscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Bäcker 8, hinter der Mensa).